# **Deutscher Bundestag**

**17. Wahlperiode** 05. 04. 2011

# Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Viola von Cramon-Taubadel, Josef Philip Winkler, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/4439 –

## Einheitlichen EU-Flüchtlingsschutz garantieren

#### A. Problem

Der Rat der Europäischen Union verhandle derzeit über eine Neufassung der Flüchtlingsanerkennungs-Richtlinie, um eine Gleichstellung von Asylsuchenden und subsidiär Schutzberechtigten zu erreichen. Eine Gleichstellung sei insbesondere deshalb erforderlich, weil auch der subsidiäre Schutzstatus selten vorübergehender Natur sei. Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung daher auffordern, ihre bisherigen Vorbehalte gegen eine Gleichstellung aufzugeben.

#### B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## C. Alternativen

Annahme des Antrags.

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

# Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/4439 abzulehnen.

Berlin, den 23. März 2011

### **Der Innenausschuss**

Wolfgang Bosbach Vorsitzender Reinhard Grindel Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Josef Philip Winkler Berichterstatter **Rüdiger Veit** Berichterstatter

Ulla Jelpke Berichterstatterin

# Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ulla Jelpke und Josef Philip Winkler

### I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 17/4439 wurde in der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Februar 2011 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

#### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat in seiner 57. Sitzung am 23. März 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat in seiner 34. Sitzung am 23. März 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner 35. Sitzung am 23. März 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

#### III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 23. März 2011 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Diese Vorlage hat der Innenausschuss zusammen mit den Anträgen auf Drucksachen 17/4679 und 17/4886 erörtert, so dass hinsichtlich des materiellen Beratungsteils auf den Bericht des Innenausschusses zu diesen Anträgen auf Drucksache 17/5362 verwiesen werden kann.

Berlin, den 23. März 2011

Reinhard Grindel Rüdiger Veit Berichterstatter Berichterstatter

Ulla Jelpke Josef Philip Winkler

Berichterstatterin Berichterstatter Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Berichterstatter

